

INFORMATIONSDIENST

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

ISSN 0933-1948

Zweifel am Sozialprodukt

Wachsende Folgekosten des Wirtschaftens

Am 10. 5. 89 fand in Bonn eine öffentliche Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Bundestages zum Thema „Entwicklung der ökologischen und sozialen Folgekosten des Wirtschaftens in der Bundesrepublik Deutschland“ statt. Eingeladen waren mehr als 25 Wissenschaftler – Mitglieder der wichtigsten Forschungsinstitute, Sachverständigenräte, Einzelexperten –, die den Abgeordneten Rede und Antwort stehen sollten. Die Anhörung ging zurück auf eine erfolgreiche parlamentarische Initiative der Grünen, die – nicht ohne interne Auseinandersetzungen hinter den Kulissen zu provozieren – auch von Seiten der Fraktionen von CDU und FDP Unterstützung fand.

Im Zentrum der Auseinandersetzung stand das *Wachstum*. Ist „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“, wie es im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz heißt, unter den heutigen Bedingungen *wachsender* Umweltschädigung noch ein erstrebenswertes Ziel? Sollte das Gesetz geändert oder zumindest erweitert werden, um ökologische Dimensionen in den Zielkatalog aufzunehmen? Unter welchen Bedingungen lassen sich Wachstum, Umweltschutz und ökologische Vorsorge miteinander verbinden? Und schließlich: Lassen sich die ökologischen Folgekosten des Wirtschaftens quantitativ erfassen und zum Bruttosozialprodukt in Beziehung setzen?

Das Problem: Die Folgekosten des Wirtschaftens, auf 5% bis 10% des Sozialprodukts geschätzt, werden in der herrschenden Wirtschaftspolitik nur ganz unzureichend berücksichtigt. In der Tat tauchen die Kosten des Waldsterbens, der Luft-, Wasser- und Bodenverunreinigung oder der Verletzten im Straßenverkehr als solche in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) überhaupt nicht auf – es sei denn, soweit schadensmindernde Maßnahmen ergriffen werden, in der paradoxen Form einer Vergrößerung des Sozialprodukts!

Die Anhörung in Bonn drehte sich die längste Zeit um ein Lieblingskind nicht nur der Medien: den Begriff des *Bruttosozialprodukts*. Das Sozialprodukt, obwohl von der Wissenschaft nie als Wohlstandsindikator konstruiert, wird dennoch in Politik und Öffentlichkeit immer wieder als solcher mißbraucht. Die Skepsis und Vorsicht gegenüber der gängigen Interpretation des Sozialprodukts war allgemein. Aber so breit der eher ablehnende Konsens gegenüber der Verwendung

des BSP als politischer Ziel- und Orientierungsgröße war, so bunt waren die vorgebrachten Argumente und vorgeschlagenen Alternativen. Von einem Konsens – auch nur innerhalb der etablierten bundesdeutschen Wirtschaftsforschungsinstitute – keine Spur. Damit sind wir beim Kern des Problems: Was ist das Bruttosozialprodukt? Wenn es nicht Wohlstand, Wohlfahrt oder wirtschaftliche Leistung mißt, dann wenigstens die Geldeinkommen? Die Interpretation als Maß der monetären Transaktionen schien noch am ehesten konsensfähig. Aber eine solche Antwort konnte die Politiker nicht befriedigen. Für sie ging es um eine politische Ziel- und Orientierungsgröße: *wenn nicht das Sozialprodukt – was dann?* Korrektur des Sozialprodukts, Satellitensysteme der VGR, Ergänzung der Strukturberichterstattung? Die Antworten der Experten dürften die Anwesenden eher verwirrt haben. Immerhin: Zweifel wurden geweckt. Der unreflektierte Umgang mit dem Begriff des Sozialprodukts dürfte in Zukunft schwerer fallen.

Die sich anschließende Diskussion über die Bedingungen, die vorliegen müssen, um Ökologie und Ökonomie zusammenzubringen, wurde zu einer Diskussion über Öko-Abgaben. Auch hier ein eher unerwarteter Tenor der Sachverständigen: Der Einsatz des steuerpolitischen Instrumentariums zu umweltpolitischen Zwecken wurde grundsätzlich kaum in Frage gestellt. Doch auch hier wurden die Differenzen schnell sichtbar. Das Spektrum der Vorschläge reichte von kleinen, gezielten Lenkungsabgaben z.B. auf Quecksilber oder Stickstoff, die so konstruiert sein sollten, daß das Einnahmevermögen

Fortsetzung S. 2

*IÖW-Tagung:
„Regionale Entwicklungskonzepte“
25.–26. November 1989 im
Weiterbildungszentrum Düsseldorf*

Seitdem der strukturelle Wandel und Verschiebungen in der großräumigen Arbeitsteilung nicht mehr nur Länder der Dritten Welt vor unlösbare Probleme stellten oder ländliche Gebiete der Industrieländer ins bedeutungslose Abseits drängten, sondern auch ehemals prosperierende Industrieeregionen wie das Ruhrgebiet oder die Werftenstandorte in die Krise gerieten, hat das Thema Regionalentwicklung wieder Konjunktur und zwar weit über die Zunft der Regionalplaner hinaus.

Mit den Studien zur „regionalen Wirtschaftsförderung“, zur „regionalen Technologiepolitik“ und der Vorstudie „Berlin 2010“ ist die Regionalentwicklung auch zu einem der Schwerpunkte des IÖW geworden. Die Tagung über „Regionale Entwicklungskonzepte“ hat nun zunächst einmal das Ziel, die innerhalb des IÖW entwickelten Ansätze im Spektrum der gegenwärtigen Regionalentwicklungskonzepte zu verorten. Es sollen möglichst verschiedene Regionalentwicklungsprojekte vorgestellt werden, die wiederum für bestimmte Grundrichtungen repräsentativ sein sollen. Das Spektrum reicht hier von der Nachindustrialisierung bis zum Setzen auf den Dienstleistungssektor, von der hochechnologischen Modernisierungsstrategie über die arbeitnehmerorientierten

Fortsetzung S. 3

VÖW-Jahrestagung 1989
Staatliche
Wirtschaftspolitik
als Umweltzerstörung?

Der Staat in der
Umweltverträglichkeitsprüfung

7.-9. Juli 1989, „Haus der Kirche“,
Goethestr. 27-30, 1000 Berlin 12;

das genaue Tagungsprogramm siehe S. 2

Programm der VÖW-Jahrestagung

Freitag, 7. Juli 1989

- 18.00 Uhr Der Staat als umweltpolitischer Akteur: Problemlöser und Problemproduzent
Prof. Dr. Martin Jänicke, Freie Universität Berlin, IÖW/VÖW Berlin
- 18.30 Uhr Umweltimplikationen finanzpolitischer Maßnahmen
– Umweltpolitische Auswirkungen staatlicher Steuerpolitik
Dr. Frank Stille, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin
– Umweltpolitische Auswirkungen staatlicher Subventionspolitik
Dr. Dieter Ewringmann, Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut Köln
- 19.30 Uhr Pause
- 19.45 Uhr Diskussion

Samstag, 8. Juli 1989

- 9.30 Uhr Ökologisch-ökonomische Bestandsaufnahme der staatlichen Infrastrukturpolitik
– Forschung und Technologie
Dr. Rolf Kreibich, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung
– Verkehr
Dr. Karl-Otto Schallaböck, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund
– Bauen
Dr. Ekhart Hahn, Wissenschaftszentrum Berlin
- 11.00 Uhr Kaffeepause
- 11.30 Uhr – Energie
Prof. Dr. Peter Hennicke, Mannheim
- 12.00 Uhr Diskussion
- 13.00 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr Ökologisch-ökonomische Bestandsaufnahme der Branchenstrukturpolitik
– Landwirtschaft
Dr. Jobst Conrad, Wissenschaftszentrum Berlin
– Chemie
Dr. Henning Friege, Landesamt für Wasser und Abfall, Nordrhein-Westfalen
– Industrieentwicklung insgesamt – Kritik der um Umweltindikatoren erweiterten Strukturberichterstattung
Dr. Thomas Ranneberg, Freie Universität Berlin
- 15.30 Uhr Kaffeepause
- 16.00 Uhr – Der Staat als Umweltverschmutzer in anderen Ländern: Beispiel Niederlande
Jan van der Straaten, Tilburg
- 16.30 Uhr Diskussion
- anschließend Mitgliederversammlung der VÖW

Sonntag, 9. Juli 1989

- 10.00 Uhr Podiumsdiskussion zum Thema: Die Staatsaktivität in der Umwelt- und Wirtschaftsberichterstattung
– in den Gutachten des SVRU
– in den Gutachten des SVRG
unter der Leitung von *Prof. Dr. Udo E. Simonis, Wissenschaftszentrum Berlin, IÖW Berlin*

Diskutanten:

Dr. Jochen Hucke, Umweltbundesamt Berlin; Dr. Martin Junkernheinrich, Ruhr-Universität Bochum; Dr. Volker Prittwitz, Wissenschaftszentrum Berlin; Dr. Michael Schreyer, Senatorin für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin; Dr. Rolf Sprenger, IFO-Institut München; Dr. Gerhard Timm, Universität Köln.

- 13.00 Uhr Ende der Tagung

Tagesordnung der VÖW-Mitgliederversammlung

Samstag, 8. Juli 1989, Haus der Kirche

- 18.00 Uhr
1. Rechenschaftsbericht des Vorstands
 2. Finanzbericht
 3. Aussprache/Anträge
 4. Tagungsablauf und Perspektiven der weiteren Arbeit der VÖW/Anträge
 5. Entlastung des Vorstands
 6. Neuwahl des Vorstands
 7. Wahl der Revisoren
 8. Verschiedenes

Anschließend lädt die Berliner Senatorin für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Dr. Michael Schreyer, zu einem Empfang. Näheres auf der Tagung.

Fortsetzung von S. 1

nicht ins Gewicht fallen würde, bis zur rhetorischen Frage, welche Konsequenzen ein dritter – diesmal auf nationaler Ebene initiiertes – Ölpreisschock für die Wirtschaft der Bundesrepublik haben würde. Den einen ging es darum, mögliche Konflikte von ökologischer Effizienz und fiskalischem Aufkommen von vornherein auszuschließen. Für andere hing die Wirksamkeit der Öko-Abgaben wesentlich von der quantitativen Dimension ab, mit der unerwünschte Produkte und Produktionsprozesse besteuert würden.

Für einen weiteren Punkt gab es ein eindeutiges, wenn auch nicht ganz unumstrittenes Plädoyer: Das Problem der ökologischen und sozialen Folgekosten des Wirtschaftens könne und solle in die laufende Wirtschaftsberichterstattung aufgenommen werden. Wie für die Wirtschaftspolitik, so bedürfe es auch umweltpolitischer Ziel- und Kontrollmaße. Mehr noch: Die ökologische und soziale Verträglichkeit des Wirtschaftens sei in den gesetzlichen Zielkatalog aufzunehmen. Das über zwanzig Jahre alte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, das die Regierung auf die rein ökonomischen Parameter des „magischen Vierecks“ verpflichtete, sei überholt und müsse im Sinne der Aufnahme umweltpolitischer Ziele ergänzt werden. Alles in allem: Wenig greifbare Alternativen, aber viele Zweifel an traditionellen Denk- und Argumentationsmustern wurden geweckt.

Claus Thomasberger, Berlin

Kurz notiert

Im Juli beginnt das auf 1 Jahr angelegte IÖW-Projekt „Ökologisch-ökonomische Perspektiven für Berlin 2010“ im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB-Landesbezirks Berlin unter finanzieller Beteiligung des Berliner Senators für Wirtschaft. Bearbeiter: Dipl.soc.oec. Karin Rubinet, Dipl.Pol. Heidi Fichter, Prof. Dr. Rainer Knigge, Prof. Dr. Martin Jänicke.

*

Das IÖW veranstaltet am 26./27. Juni in Berlin (im „Haus der Kirche“, Geothestr. 27, B-12) gemeinsam mit dem Berufsbildungswerk des DGB (bfw) eine Fachtagung zum Thema *Umweltpolitik in Berlin – Neubeginn nach der Wahl?*. Es referieren: *RA Hartmut Gaßner*: Schwerpunkte der Umweltpolitik in Berlin – Kritische Einschätzung von Lösungsstrategien des neuen Senats. *Hans-Joachim Keller, DGB*: Gibt es neue umwelt- und wirtschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften nach der Wahl? *Christoph Dimer, Bundesverband Junger Unternehmer (BJU)*: Anforderungen an die Umweltpolitik aus unternehmerischer Sicht. *AG 1*: Umweltschutz und Beschäftigung; Exemplarische Bereiche: Naturschutz und Stadtanierung. *AG 2*: Eigenbetriebe des Landes Berlin als Vorreiter im Umweltschutz? *AG 3*: Instrumente der Senatspolitik zur Förderung einer umweltgerechten Produktionsweise. *AG 4*: Grenzüberschreitungen – Gestaltungsmöglichkeiten des Senats in

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.